

Das Ende der alten Nato

Von Karl Feldmeyer

1 In Prag ist eine historische Entscheidung gefallen. Von der alten Nato ist kaum mehr als die Bezeichnung geblieben. Das Gründungsdokument, der Vertrag von Washington vom April 1949, blieb unangetastet. Er wurde nicht verändert, sondern überlagert von einem neuen Auftrag, der sich auf die veränderte Wirklichkeit bezieht: auf den internationalen Terrorismus und auf die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen.

2 Neu an der Nato ist zunächst einmal die Entgrenzung ihres Wirkungsbezirks. Die alten Bündnisgrenzen bestehen zwar im Verteidigungsfall weiter. Die Abwehr des internationalen Terrorismus und die Verhinderung der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen sind aber nicht auf diese Grenzen beschränkt. Diese Gefahren will die Nato dort bekämpfen können, wo sie entstehen – überall auf der Welt. Dafür stellt sie einen neuen Eingreifverband auf, dafür erwirbt sie neue militärische Fähigkeiten, für diese Einsätze erneuert sie ihre Führungs- und Kommandostrukturen. Damit paßt sie zugleich ihre eigenen Strukturen in diejenigen Amerikas ein. Hierdurch und durch die Aufstellung eines Eingreifverbandes wird die militärische Kooperationsfähigkeit zwischen der Nato und Amerika wiederhergestellt, die nach dem Ende des Ost-West-Konflikts und der Umrüstung Amerikas auf die sich abzeichnenden neuen Risiken weitgehend verlorengegangen war.

3 In der neuen Aufgabenstellung finden sich die europäischen Partner allerdings in einer veränderten Rolle wieder: Sie werden nicht mehr mit ihren nationalen Streitkräften gleichwertig neben und mit den Amerikanern operieren können, sondern nur noch als Teilhabende an einem multinationalen Verband, eben der „response force“. Damit werden die unterschiedlichen Gewichte der Partner auch in den Streitkräftestrukturen sichtbar: Ihrer Führungsmacht Vereinigte Staaten stellen die Europäer mitsamt den Kanadiern nur mehr gemeinsam ein Hilfskorps zur Verfügung. Intervenieren kann die Nato nur als Juniorpartner an der Seite der Amerikaner „in Übereinstimmung mit dem Washingtoner Vertrag und der Charta der Vereinten Nationen“, wie sie in ihrem Prager Kommuniqué festhält. Das kann heute in Afghanistan, morgen im Irak und übermorgen in Nord-Korea sein – überall dort, wo es der Nato-Rat beschließt.

4 In der neuen Konstellation ist die Vorrherrschaft Amerikas noch größer, als sie es bisher schon war. Das dürfte sich auf die Befindlichkeit der Europäer auswirken. Sie werden sich kaum gegen die Erkenntnis wehren können, von gleichberechtigten Partnern zu „foederati“, also zu Abhängigen, geworden zu sein. Das schafft Probleme. Gewiß: Voraussetzung für jedes Handeln der Allianz bleibt die Zustimmung aller Mitglieder des Nato-Rates. Dort bleibt die Gleichheit aller unangetastet. In der Wirklichkeit der Entscheidungen aber gibt das Gewicht der Macht den Ausschlag. Die Bundesregierung ist dieser Wirklichkeit in Prag begegnet, als es um die gemein-

same Erklärung zum Irak ging. An der Zustimmung führte für sie kein Weg vorbei, gleichgültig, was sie sich vorgenommen hatte.

Was immer sonst noch zum Verhalten der Bundesregierung zur Irak-Frage zu sagen ist, das Verhalten der deutschen Bevölkerung zu diesem Thema hat auch deutlich gemacht, daß die Öffnung der Nato für eine Politik der militärischen Intervention für Deutschland spezifische Probleme schaffen kann. Sie gründen nicht nur in der Feststellung des Grundgesetzes, daß die Bundesrepublik Streitkräfte „zum Zwecke der Verteidigung“ unterhält, sondern in der Prägung durch die nationale Geschichte. Zwei Weltkriege haben dazu beigetragen, den Begriff „Verteidigung“ ganz eng auszulegen. Was andernorts als „präemptive Intervention“ bewertet werden mag, kann sich in den Augen der Deutschen als Angriff ausnehmen – und den verbieten UN-Charta und Grundgesetz. Schon Bismarck verweigerte das „praevenire“. Für diese Haltung brauchen sich die Deutschen nicht zu entschuldigen, schon gar nicht bei ihren Verbündeten, die einst Opfer deutscher Angriffe waren. Wie sich dieses Problembewußtsein im Bündnis auswirken wird, dürfte vor allem davon abhängen, welche Entscheidungen die Zukunft der Nato abfordern wird.

Die Störung, die das deutsch-amerikanische Verhältnis derzeit überschattet, hat damit allerdings nur dem Anschein nach zu tun. Hier geht es darum, den Schaden zu mindern, den der Mißbrauch eines außenpolitischen Themas zu Wahlkampfzwecken hinterlassen hat. In Prag war er unübersehbar. Ob sich dies als einmaliger Vorgang isolieren läßt oder ob daraus eine dauerhafte Veränderung im deutsch-amerikanischen Verhältnis entsteht, davon hängt viel ab – auch für die Nato.

5 Zu den beschlossenen Veränderungen der Nato gehört auch ihre Erweiterung. Die Allianz ist nunmehr auch geographisch die Ordnungsmacht für ganz Europa und zugleich der Verbündete Amerikas im Kampf gegen den Terrorismus. Daß die Erweiterung schließlich doch problemlos vollzogen werden konnte, ist nicht zuletzt eine Folge des Realismus, die die russische Politik unter Putin kennzeichnet. Sie begriff und nutzte die Anschläge vom 11. September als Gelegenheit, das Verhältnis zu Amerika im Zeichen der gemeinsamen Terrorbekämpfung auf die Basis von Kooperation und Interessenabstimmung zu stellen. Das gegenwärtige Verhältnis zu Moskau ermöglicht es der Nato auch, über ihre neuen Grenzen hinaus zu dem beizutragen, was die Außenminister Baker und Genscher vor mehr als zehn Jahren anstrebten, als sie eine „Zone gemeinsamer Sicherheit von Wladiwostok bis Vancouver“ als Ziel ihrer Politik nannten. Die damals verbreitete Annahme, hierzu gehöre die Aufnahme Rußlands in die Allianz, hat sich erledigt. Das ist gut, denn der Beitritt Rußlands wäre einer Selbstaufgabe der Nato gleichgekommen. In Prag hat somit die Neuordnung des Verhältnisses zwischen Amerika, Europa und Rußland einen gewissen Abschluß gefunden.